

Kanadische Gesetzesinitiativen

Gegen Menschensmuggler und falsche Asylanten



Als sich im letzten Juli 174 Inder an der nebligen Atlantikküste von Nova Scotia von einem modernen Seelenverkäufer im Morgengrauen an Land bringen ließen, blies den Neankömmlingen aus dem fernen Asien der Wind ins Gesicht. Noch hatte man in Kanada nicht vergessen, daß sich kaum ein Jahr zuvor nach einem ähnlich abenteuerlichen und illegalen Landgang 155 Tamilen bei den kanadischen Einwanderungsbehörden als politische Flüchtlinge hatten registrieren lassen.

Die kanadische Regierung sieht sich seit gut einem Jahr einem ständig anwachsenden Zustrom von einwanderungswilligen Ausländern gegenüber, die in Kanada politisches Asyl beantragen. „Noch 1981 waren es nicht mehr als 1 500“, berichtete der kanadische Bundesminister für Einwanderung und Arbeit, *Benoit Bouchard*, als er kürzlich Bonn besuchte. „Aber 1987 wird es schon 30 000 solcher Anträge geben.“

Nach geltendem kanadischen Recht können Asyl beantragende Ausländer in Kanada eine Arbeit aufnehmen und Sozialhilfe beantragen, solange ihr Antrag nicht entschieden ist. Mit der steigenden Anzahl von solchen Anträgen aber verlängert sich auch die Dauer der Antragsbearbeitung, auf mittlerweile drei bis vier Jahre.

Im August wurde Kanadas Parlament vorzeitig aus den Sommerferien zurückgerufen, um über eine neue Gesetzesvorlage der Regierung zu beraten. Sie soll die illegale Einreise nach Kanada erschweren. Bisher galt Kanadas Einwanderungsprogramm als so beispielhaft, daß Kanada vom UN-Hochkommissar für Flüchtlinge im letzten Jahr mit der Fridtjof-Nansen-Medaille ausgezeichnet worden war.

Die im August eingebrachte Gesetzesvorlage sieht u. a. deutlich heraufgesetzte Gefängnis- und Geldstrafen für Menschensmuggler vor,

die Inhaftierung von Einwanderungswilligen, die keine Papiere vorweisen können, sowie Rückweisung bzw. Abschiebung bestimmter Personen.



Einwanderungsminister Benoit Bouchard (links) mit dem scheidenden kanadischen Botschafter in Bonn, Donald S. McPhail (rechts).

Zudem sollen Schiffe von den kanadischen Küstengewässern ferngehalten werden können, ohne daß die möglichen Asylanträge ihrer Passagiere überprüft werden.

Die von den Oppositionsparteien in Ottawa und von etlichen kanadischen Hilfsorganisationen kritisierte Gesetzesvorlage könnte, so schätzt Minister Bouchard, zusammen mit einem schon vor Monaten eingebrachten zweiten Gesetzesentwurf, der das Antragsverfahren für Asylbewerber beschleunigen soll, noch vor Jahresende Gesetzeskraft erlangen.

„Wir brauchen mehr Einwanderer, und wir wollen auch mehr Flüchtlinge aufnehmen, doch dies nur, wenn das Gesetz respektiert wird“, umriß Premierminister Mulroney die Absicht der geplanten Gesetzesänderungen.

Kanada hatte 1984 84 000 Einwanderer aufgenommen. 1988 sollen es bis zu 125 000 sein.

Provinzwahlen in Ontario

Erdrutschsieg der Liberalen



Bei den Neuwahlen des Provinzparlaments der bevölkerungsstärksten kanadischen Provinz Ontario am 10. September erzielten die Liberalen einen Erdrutschsieg. 47,5 Prozent der über sechs Millionen Wähler stimmten für die Liberalen und Ministerpräsident *David Peterson*, die damit mit 95 Abgeordneten (statt bislang mit 48) in dem 130sitzigen Abgeordnetenhaus in Toronto vertreten sind. Erstmals auch seit einem halben Jahrhundert sind die Liberalen wieder stärkste Partei im Provinzparlament.

Die sozialdemokratische Neue Demokratische Partei, die mit ihrem

Chef *Bob Rae* in den letzten zwei Jahren die Minderheitsregierung der Liberalen unterstützt hatten, erhielten 19 statt der bisher von ihnen besetzten 23 Sitze. Die Konservative Partei, die jahrzehntelang in Ontario regiert hatte, erhielt mit *Larry Grossman* 16 (bisher 32) Sitze.

Neben sozialpolitischen Themen hatte die Debatte über das Für und Wider eines erweiterten Freihandels zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten und seine möglichen Auswirkungen auf das hochindustrialisierte Ontario, dessen Produktion zu einem wesentlichen Teil in die USA exportiert wird, den Wahlkampf bestimmt.